

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 128. Ratssitzung vom 7. Dezember 2016

2487. 2016/285

Weisung vom 31.08.2016:

**Sozialdepartement, Verein Pinocchio, Beratungsstelle für Eltern und Kinder,
Beiträge 2017–2020**

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein Pinocchio wird für die Jahre 2017–2020 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 260 300.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) bewilligt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze und zur bedarfsabhängigen Reduktion des Beitrags an den Verein Pinocchio wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Der Verein ist seit 1983 organisiert und spezialisiert in der Arbeit mit Kindern. Der Verein hat ein spezialisiertes Beratungsangebot für Kinder und ihre Familien. Es handelt sich um einen unabhängigen Verein, der fachlich anerkannt ist. Das Angebot ist kindergerecht und niederschwellig. Er begleitet Kinder in schwierigen familiären Verhältnissen, berät die Eltern und Erziehungsberechtigten, aber auch Fachpersonen bei Fragen zur Entwicklung und Erziehung der Kinder, bei Überforderung im Familienalltag, bei Entwicklungsauffälligkeiten oder auch bei Sorgen um das Wohlbefinden in Krisen- und Trennungssituationen der Eltern. Zielgruppen sind alle Familien mit Kindern. Die Leute, die das Angebot in Anspruch nehmen, stammen aus allen Gesellschaftsschichten und besitzen unterschiedliche kulturelle Hintergründe. Es gibt verschiedene Beratungssettings, sei es beispielsweise mit einem Kind alleine, mit den Eltern, einem Elternteil oder der ganzen Familie. Der Verein begleitet Kinder oder bietet Gruppensettings an. So gibt es beispielsweise eine Gruppe für Jungen, die es noch nötig haben, im Sozialverhalten dazuzulernen. Es gibt Familienberatungen, wenn das Zusammenleben nicht funktioniert. Es werden Fachpersonen, Kinderspielgruppen oder Lehrpersonen in Erziehungs- und Entwicklungsfragen unterstützt. Neben dem beschriebenen Angebot gibt es den Verein Kokon. Dieser bietet zusammen mit dem Schlupfhuus Krisenintervention. Auch dieses Angebot ist sehr niederschwellig. Der Verein ist als anerkannte, kantonale Opferfachstelle tätig und wird über die Opferhilfe finanziert. Die Kinder sollen in ihrer emotionalen Entwicklung stabilisiert werden. Eine altersgerechte Entwicklung soll unterstützt werden. Die Kinder sollen sozial integriert leben können. Der Verein unterstützt die Erziehungs- und Beziehungskompetenz der Eltern. Es werden ein besserer Umgang und Strategien in der Konfliktbewältigung gelehrt, um einen besseren Umgang in der Familie zu ermöglichen. Die Anfragen haben in den letzten Jahren lau-*

gend zugenommen. 2015 fanden 3255 Beratungsstunden statt. Es wurden 231 Familien betreut. 90 % der Kosten werden von der Stadt übernommen. Konkret handelt es sich um 2225 Stunden. Seit 1987 wird diese Fachstelle von der Stadt und dem Kanton unterstützt. Leider hat sich der Kanton 2014 aus der Finanzierung zurückgezogen. Der Kanton stellt sich auf die Position, es handle sich bei dem Angebot um Service Publique und er müsse nicht zusätzlich von Privaten angeboten werden. Die Stadt schlägt deshalb vor, den kantonalen Beitrag auszugleichen, damit keine Leistungen gekürzt werden müssen. Gleichzeitig arbeitet das Sozialdepartement daran, ein Fachkonzept zu erarbeiten, um die bisherigen Leistungen zu überprüfen und vorzuschlagen, wie die Angebotsstruktur künftig aussehen soll. Der Antrag des Stadtrats ist es, einen vierjährigen, leistungsabhängigen Maximalbetrag zu sprechen. Der Stadtrat fordert die Kompetenz, die Beitragssätze bedarfsabhängig reduzieren zu können. Beide Forderungen wurden in der Kommission diskutiert. Besonders die Kompetenz des Stadtrats, künftig Beitragsleistungen reduzieren zu können, irritierte. Uns wurde mitgeteilt, dies stehe im Zusammenhang mit dieser Erarbeitung des Fachkonzepts. Wir erwarten, dass wir frühzeitig informiert werden, bevor Leistungen gekürzt werden. Auch der leistungsabhängige Maximalbeitrag hatte Diskussionen zur Folge. Wir haben Minderheits- und Mehrheitsanträge. Die Minderheit will den kantonalen Beitrag nicht ausgleichen. Eine Minderheit will das Ganze ablehnen. Die Mehrheit unterstützt den Antrag des Stadtrats. Für die Mehrheit hat der Verein ein wichtiges Angebot, die Arbeit mit Kindern und ihren Familien ist sehr spezialisiert. Das Angebot ist unabhängig und niederschwellig. Viele Leute scheuen sich, direkt zu einer staatlichen Institution zu gehen. Wir erwarten das Fachkonzept des Stadtrats frühzeitig präsentiert zu bekommen.

Kommissionsminderheit:

Alexander Brunner (FDP): Es geht um die Kürzung des Kantonsbeitrags. Wir teilen die Einschätzung der Mehrheit, dass der Verein Pinocchio wichtige Arbeit leistet. Wir erkennen jedoch bei der Führungsaufgabe des Vereins einen Mangel. Nach der Kürzung des Kantonsbeitrags, der bereits 2014 erfolgt war, hat der Verein ein Budget vorgelegt. Der Verein hat nicht nur darauf reagiert, dass die Stadt die Kantonsbeiträge übernehmen will. Der Verein möchte auch, dass 2017 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Das hat uns in dieser Situation überrascht. Zweitens hat uns überrascht, dass zurzeit eine Leistungsüberprüfung durch die Stadt stattfindet. Diese Überprüfung soll unter anderem überprüfen, ob es Doppelspurigkeiten gibt. Es gibt also einerseits eine kantonale Kürzung des Beitrags, andererseits gibt es eine Leistungsüberprüfung durch die Stadt. Der Verein reagiert mit dem Einfordern einer Stellenerweiterung. Zusätzlich dazu wird die Stadt in die Pflicht genommen, über vier Jahre ein höheres Budget zu tragen. Dies finden wir keine verhältnismässige Reaktion des Vereins. Deshalb fordern wir, dass der Kantonsbeitrag nicht von der Stadt übernommen wird und keine Erhöhung des Betrags erfolgt. Wir wollen damit ein Zeichen setzen, dass der Verein sich im Zuge dieser Überprüfung fragen soll, welche Dienstleistung er selber anbieten und welche die Stadt anbieten soll. Wir werden diesen Bericht in zwei Jahren entgegennehmen und dann hoffentlich entscheiden können, wie und wo künftig das Leistungsangebot erfolgen soll. Der Verein leistet wichtige Arbeit. Wir sollten dennoch das Budget nicht erhöhen, sondern eine Leistungsüberprüfung durchführen. Aus der Leistungskürzung 2014 gab es auch schon erste

positive Effekte. Erfreulicherweise wurden 2015 zusätzliche Einnahmen aus eigener Kraft generiert. Das stimmt uns sehr positiv und zuversichtlich, dass der Verein eigene Finanzkraft entwickeln kann. Nach zwei Jahren sind wir bereit, die Überprüfung anzuschauen und entsprechend das Budget anzupassen.

Weitere Wortmeldungen:

Marcel Tobler (SP): *Die SP-Fraktion unterstützt die Weisung. Wir unterstützen auch die Erhöhung der städtischen Leistungen. Die Leistungen des Vereins sind ausgewiesen. Pinocchio leistet einen wichtigen Beitrag für eine gesunde und soziale Gesellschaft. Gewaltprävention wird früh angepackt. Es gibt Angebote für Kinder, die Mühe mit dem Umgang miteinander haben. Die Fachstelle berät die Eltern in Fragen zu sozialem und gesundem Umgang. Die Fachstelle befindet sich gleichzeitig in einer schwierigen finanziellen Situation. Die Kommission war sich einig, dass die Kapitaldecke des Vereins nicht so robust ist. Für rechte Sparübungen ist diese Fachstelle der falsche Ort. Hier wird auf dem Buckel der Schwächsten gespart. Wenn der Rat dieser Kürzung zustimmt, steht die rechte Ratsseite in der Verantwortung, wenn die Fachstelle die Leistungen nicht mehr erbringen kann und mit Fundraising und Prozessoptimierung beschäftigt ist. In der Fachstelle leisten die Angestellten Beratungsdienstleistungen. Es gibt dort keine Betriebsökonominnen und Wirtschaftswissenschaftler oder Manager, die einen Businessplan erstellen und Fundraising betreiben. Der Kanton hat die Fachstelle kalt erwischt. Er hat 70 000 Franken gestrichen, wovon 57 000 Franken die Stadt jetzt übernehmen soll. 57 000 Franken bedeuten für den Verein mehr als 11 % seines Umsatzes. Wenn gesagt wird, der Verein solle das Geld durch Spenden einnehmen, ermutige ich die rechte Ratsseite zu Spenden. Das Fachkonzept wurde uns für 2019 versprochen. Wir hoffen, es wird eintreffen. Es öffnet sich bis dahin eine Finanzierungslücke. Wir halten es für den falschen Weg, auf diese Weise Signale zu senden. Es ist notwendig, die Finanzierung bis 2019 zu sichern. Sollte sich dann herausstellen, dass es nicht notwendig ist, diesen Maximalbetrag zu verwenden, wird der Stadtrat diesen Betrag senken.*

Karin Weyermann (CVP): *Ich möchte betonen, dass es uns nicht darum geht, den Verein Pinocchio und seine Arbeit zu kritisieren oder in ein schlechtes Licht zu rücken. Wir schätzen die Arbeit des Vereins sehr. Man muss sich aber ach bewusst sein, wie die Situation im Kanton aussieht. Die Arbeit oder ein Teil davon, der von Pinocchio übernommen wird, wird im restlichen Kanton von den Kinder- und Jugendzentren übernommen. Dies betrifft insbesondere die Familienberatung und -begleitung. Diese Zentren werden vom Kanton finanziert. In der Stadt haben wir ein anderes System. Wir finanzieren unsere sozialen Dienste und Externe selber. Dafür erhalten wir einen Teil zurück vom Kanton. Deshalb sagt der Kanton, dass dieser Teil zum Service Publique gehört. Genau das muss überprüft werden, wenn das Fachkonzept ausgearbeitet wird. Es stellt sich die Frage, ob die Stadt das selber machen soll oder ob die heutige Praxis die bessere Variante ist. Es ist zu früh, dem Verein den vom Kanton gestrichenen Beitrag zu erhöhen. Dafür sollten wir das Fachkonzept abwarten. Wir wollen mit dieser Kürzung einen gewissen Druck auf die Ausarbeitung des Fachkonzepts ausüben, damit es*

schnell ausgearbeitet wird. Sollte das Resultat der Überprüfung sein, dass der Verein Pinocchio die Leistung besser als die Stadt erbringen kann, dann soll der Stadtrat die Beträge erhöhen.

Rolf Müller (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt diese Weisung ab. Die SVP weiss die Leistungen des Vereins Pinocchio zu schätzen. Der Verein erbringt Beratungs- und Begleitangebote für die Eltern. Zudem begleitet er Kinder und Jugendliche mit Gewalterfahrungen, um mit ihnen gemeinsam Strategien zu entwickeln, wie sie mit dem Erlebten umgehen sollen. Dieses Angebot ist sinnvoll. Wir haben kein Verständnis für eine Erhöhung des Stundenansatzes. Angesichts der finanziellen Situation der Stadt soll das Angebot überprüft werden. Die Kürzung des Kantons soll und darf nicht durch die Stadt kompensiert werden.

Alexander Brunner (FDP): Der Verein ist nicht in seiner Existenz bedroht. Die Stadt arbeitet an einer Leistungsüberprüfung. Der Verein wurde bereits 2015 im Bereich Fundraising aktiv. Er hat gezeigt, dass er das kann. Sollte der Verein Interesse haben, kann ich aus meinen persönlichen Erfahrungen beitragen. Ich vertrete andere Institutionen, die sich Gedanken machen, wie man aus gemeinnütziger, ehrenamtlicher Aktivität Gelder mobilisieren kann. Der Verein kümmert sich bereits um Fundraising und soll dies auch weiterhin tun. Es gibt ehrenamtliche Stiftungsräte, die ihn bei seiner Arbeit unterstützen können.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Die Argumentation ist nicht konzise. Diese Leistungsüberprüfung wird kommen. Der Stadtrat beantragt, die Kantonsbeiträge zu kompensieren. Dem Verein wird nicht mehr Geld zur Verfügung stehen. Wenn jetzt gesagt wird, 57 000 Franken seien unnötig, dann wird auch gesagt, es brauche weniger Leistung. Wir möchten erst die Leistungsüberprüfung abwarten und dann allenfalls Leistungen verändern. Der Kanton hat entschieden, die Stadt ist dem Verein gegenüber fair. Es ist nicht fair zu fordern, dass der Verein Arbeitszeit aufwenden soll, um Spenden zu generieren. Der Verein sollte seine Arbeitszeit für die Beratungstätigkeit einsetzen und nicht für das Fundraising.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Zuerst möchte ich auf die Rolle des Kantons eingehen. Der Kanton ist zur Einschätzung gelangt, dass die Leistungen, die der Verein für die Stadt erbringt, bereits im Rahmen einer anderen Abgeltung bezahlt werden. Dies kann man auch anders sehen. Das bedeutet nicht, dass die Stadt an ihrer Leistung gegenüber dem Verein etwas ändern muss. Es ist unsere gesetzliche Aufgabe, diese Leistungen zu finanzieren. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Leistungen erbracht werden. In dieser Situation überprüfen wir, wie diese Leistungen am besten für die Stadt erbracht werden. Bis wir zu einem Entscheid kommen, welche Organisationen diese Leistungen zu erbringen haben, ist es für uns Pflicht, die Leistungen weiter zu finanzieren. Wir können den Betrag, den der Kanton nicht mehr bezahlt, nicht einfach an den Verein Pinocchio überwälzen. Es besteht grosse Einigkeit darin, dass die Leistung grundsätzlich notwendig ist und die Leistungserbringung grundsätzlich überprüft werden soll. Solange diese Überprüfung

nicht stattgefunden hat, müssen wir den vollen Betrag bezahlen. Wir sind gerne bereit, anhand der Leistungsüberprüfung aufzuzeigen, wie die Zukunft aussehen soll.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Dem Verein Pinocchio wird für die Jahre 2017–2020 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 202 400.– Fr. 260 300.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) bewilligt.

Mehrheit: Vizepräsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Referentin; Ezgi Akyol (AL), Anjushka Früh (SP), Michael Kraft (SP), Mathias Manz (SP), Roger-Paul Speck (SP), Marcel Tobler (SP)
Minderheit: Präsidentin Karin Weyermann (CVP), Markus Baumann (GLP), Roberto Bertozzi (SVP), Rolf Müller (SVP), Elisabeth Schoch (FDP) i. V. von Marcel Müller (FDP)
Abwesend: Alexander Brunner (FDP), Referent Minderheit

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten ab.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Vizepräsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Referentin; Ezgi Akyol (AL), Anjushka Früh (SP), Michael Kraft (SP), Mathias Manz (SP), Roger-Paul Speck (SP), Marcel Tobler (SP)
Minderheit: Roberto Bertozzi (SVP), Rolf Müller (SVP), Elisabeth Schoch (FDP) i. V. von Marcel Müller (FDP)
Enthaltung: Präsidentin Karin Weyermann (CVP), Markus Baumann (GLP)
Abwesend: Alexander Brunner (FDP), Referent Minderheit

Aufgrund der vorhergehenden Abstimmung wird über die bereinigten Dispositivziffern 1–2 abgestimmt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

6 / 6

Damit ist beschlossen:

1. Dem Verein Pinocchio wird für die Jahre 2017–2020 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 202 400.– (entsprechend dem Index von 99,8 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2010) bewilligt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze und zur bedarfsabhängigen Reduktion des Beitrags an den Verein Pinocchio wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. Dezember 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. Januar 2017)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat